

Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landtags NRW am 10. Januar 2024

Zu Drucksache 18/5836: Antrag der Fraktion der FDP: Der Rezession in Nordrhein-Westfalen entgegenwirken - Bürokratieentlastung jetzt umsetzen

sowie

zu Drucksache 18/7190: Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen:

Für ein zukunftsfestes und klimaneutrales Nordrhein-Westfalen - Übermäßige Bürokratie konsequent abbauen, Wirtschaft entlasten, Wirtschaftsstandort stärken und Transformation beschleunigen

Die Belastung durch überbordende Bürokratie, besonders für kleine und mittelständische Unternehmen, ist äußerst hoch. Mit den Verwaltungsakten werden Personal und Zeit beansprucht. Aus den turnusgemäßen Quartalsumfragen unter Mitgliedern von DIE FAMILIENUNTERNEHMER, die zu einem großen Teil aus Nordrhein-Westfalen stammen, geht wiederholt hervor, dass Bürokratielasten und administrative Überregulierung das Investitionshemmnis Nr. 1 in Deutschland darstellt. Auch die Botschaft der Umfrage bezüglich des Jahresausblicks 2024 ist eindeutig: Familienunternehmen und junge Unternehmen nennen die lähmende Bürokratie als größte Sorge für die kommenden zwölf Monate.

Vor diesem Hintergrund begrüßen DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Intentionen, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben, die sowohl aus den Anträgen der Fraktion der FDP als auch der Fraktionen von CDU und Grüne hervorgehen. Ein offenes Ohr für die Rückmeldung aus der unternehmerischen Realität ist dabei stets ein richtiges und wichtiges Signal. Nichtsdestoweniger erwartet die Wirtschaft, dass der Gesetzgeber und die Verwaltung ihre Prozesse eigeninitiativ auf redundante Elemente überprüft und auf das wirklich erforderliche Maß reduziert.

Bürokratieabbau wirkungsvoll und praxisnah:

Den Bürokratieabbau fest zu verankern und fortlaufend institutionalisiert umzusetzen ist ein guter Ansatz der antragsvorlegenden Fraktionen. Dabei ist im Sinne einer Verschlinkung von Verwaltungsstrukturen dringend zu beachten, dass sich die in den Anträgen beschriebene Institutionalisierung von Bürokratieabbau nicht, wie im Antrag von CDU und Grüne gefordert, in Form zusätzlicher Stellen und Unterbehörden ausgestaltet. Angesichts des strukturellen wirtschaftlichen Schadens, der durch eine deutsche Überregulierungsmentalität bereits entstanden ist, darf keine Zeit mehr verloren werden. Da es sich nicht um ein Erkenntnisproblem handelt, muss der unisono geäußerte politische Wille zum Bürokratieabbau unverzüglich dazu führen, dass Verwaltungsstrukturen radikal reformiert werden. Weil Investitionsentscheidungen aufgrund praxisferner und kostenintensiver Bürokratie fortlaufend zu Ungunsten von Deutschland und auch NRW getroffen werden, muss die Verschlinkung und Vereinfachung von

Berichtspflichten, Nachweisen, Verfahren und Verwaltungsprozessen in einer konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Kommunen mit höchster Priorität angegangen werden. Ein Initiative hierzu sollte aus dem Industrieland NRW gestartet werden.

Bis zu einer sehr dringlichen umfänglichen Neuausrichtung der Verwaltung, können die im Antrag der FDP-Fraktion genannten Praxislabore für Digitalisierungsmaßnahmen, um die Tauglichkeit für Bürger und Unternehmen zu entwickeln, aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER erste gute Zwischenergebnisse liefern. Entscheidend ist hierbei, dass diese Prozesse, ebenso wie Best-Practice-Beispiele, Experimentierklauseln und Modell-Kommunen, zügig Einzug in Verwaltungsabläufe finden. Die Ausweitung von Bagatellgrenzen, um KMU zu entlasten, die beide Anträge vorsehen, ist dabei eine positive Gegensteuerung zur sonst, im europäischen Vergleich, oftmals besonders strikten Auslegung bürokratischer Vorgaben, die beispielsweise bei der DSGVO 16 Landesdatenschutzbeauftragte hervorgebracht hat.

Der effektive Abbau von Bürokratie muss nach Auffassung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER direkt bei der Formulierung neuer Gesetze und Vorschriften mitgedacht werden. Um der Überregulierung, mit der sich Unternehmen konfrontiert sehen, zu entgegnen, bewirken Sunset-Klauseln, ähnlich wie sie die FDP fordert, dass Regulierungen zeitlich befristet sind und evaluiert werden. Nach Fristablauf werden Regulierungen neu bewertet, um zu entscheiden, ob diese weiter Bestand haben sollten oder ggf. aufgrund veralteten technischen Ansprüchen und Obsoleszenz wegfallen.

Langwierige Genehmigungsverfahren führen zu erheblichen Verzögerungen bei Investitionsvorhaben wie etwa geplanten Baumaßnahmen. Eine neugedachte Genehmigungsfiktion muss besagen, dass öffentliche Dienstleitungen in einer bestimmten Zeit vollzogen sein müssen, sonst gelten sie als genehmigt. Auch der Antrag der FDP-Fraktion beinhaltet diese Reform, welche Verwaltungsprozesse enorm beschleunigt und nachhaltig verschlankt.

Die Einbindung der Clearingstelle Mittelstand ist ein richtiger Schritt bei der praxisnahen Verstetigung von Bürokratieabbau, den beide Anträge ansprechen. Dabei ist es von großem Vorteil, dass die Clearingstelle sowohl bestehende Regulierungen überprüfen kann als auch frühzeitig in die Ausgestaltung neuer Vorschriften einbezogen wird. Weil eine Rückkopplung mit betroffenen Unternehmen Zeit in Anspruch nimmt, muss sichergestellt werden, dass den Beteiligten der Clearingstelle ausreichend Zeit für fachgerechte Stellungnahmen eingeräumt wird.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER teilen die Auffassung beider Anträge der Fraktionen, das Wirtschafts-Service-Portal.NRW als zentrales digitales Instrument ohne Medienbruch zu stärken. Der Ansatz, dass Gewerbetreibende nach dem Once-only-Prinzip lediglich einmal Daten an die Behörden übermitteln müssen, gibt die richtige Grundeinstellung der beiden Anträge wieder. Zudem muss die digitale Verwaltung beschleunigt werden, um Verwaltungspersonal mittelfristig einzusparen und die demografische Entwicklung zu kompensieren.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, die Ziele für die nordrhein-westfälische Verwaltung ambitionierter als bisher zu formulieren. Beispielsweise kann der immer noch nicht umgesetzte digitale Bauantrag, den die FDP in ihrem Antrag berechtigter Weise moniert, nur ein Etappenziel sein. Vielmehr muss die technische Grundlage einer digitalen Bauakte für ein kollaboratives digitales Arbeiten zwischen öffentlicher Verwaltung und privater Hand in Echtzeit installiert werden. Auf dem Weg zur digitalen Verwaltung müssen die Vorteile, die KI mit sich bringt,

genutzt werden und der Gesamtprozess ganzheitlich gedacht werden, sodass sich der mögliche Fortschritt durch alle Ministerien und angeschlossene Behörden zieht.

Grundlegender Wandel der Einstellung erforderlich:

In der öffentlichen Verwaltung muss wieder ein Klima der Entscheidungsfreude und Eigenverantwortung inklusive einer positiven Fehlerkultur herrschen. Das Streben jeden Einzelfall lückenlos zu dokumentieren und zu kontrollierten ist der Ursprung einer ausufernden Bürokratie. Eine neue Grundeinstellung muss dabei auch von einem Vertrauen in unternehmerisches Knowhow getragen werden. Dieser Sinneswandel ist mindestens so wichtig wie die in den Anträgen formulieren Vorschläge.